



Wer die Demontage der Demokratie verhindern und mehr soziale Gerechtigkeit durchsetzen will, muss sich auch gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsentwicklung wehren!

Sich gegen Rechtsentwicklung wehren ohne für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, wird scheitern!

Es ist ruhig geworden um den Rechtsextremismus. Eine trügerische Ruhe. Zwar sind die Zeiten vorbei, in denen Anschläge auf Nichtdeutsche und Minderheiten Schlagzeilen machten, doch die Anschläge finden nach wie vor statt, und die Rechtsextremen haben auch neue Wege gefunden.

Gingen vor Jahren Tausende gegen rechtsextreme Handlungen und Haltungen vor, werden nun die neuen und alten Strategien allzu oft von einer zumindest gleichgültigen Gesellschaft schweigend hingenommen, geduldet oder es wird sogar immer mehr damit sympathisiert. Ungestört vom Verfassungsschutz können Neonazis, wie z.B. in Pöbneck, Immobilien kaufen, um Anlaufpunkte zu organisieren.

Anstelle von Glatze und Springerstiefeln ist ein sogar überkorrektes und gepflegtes Äußeres zu erkennen. Die Neonazis müssen kaum noch provozieren, um auf sich aufmerksam zu machen. Das „anständige“ Umfeld nimmt sie auch so zur Kenntnis. Schlimmer noch, es akzeptiert sie auch.

Die wachsende Frustration und Suche nach Sündenböcken für die eigene Situation ist ein idealer Nährboden für die neuen und alten Rechtsextremisten.

Sie liefern die Erklärungen und „benennen“ die angeblichen Täter: das internationale Kapital, die USA, die Linken, die Ausländer und natürlich die Juden als Weltverschwörer. Es sind die altbekannten Feindbilder, deren sich die Rechtsextremen schon immer bedient haben. Neu ist die offensichtliche, stillschweigende Duldung dieser Entwicklungen durch immer größere Teile der BürgerInnen, der Politik und Organisationen vor allem in den neuen Bundesländern.

Die rassistischen, antisemitischen und rechten Haltungen und Handlungen sind kein Ergebnis von fehlendem Wissen oder gar Ignoranz.

Jeder weiß, dass in den Fünf Neuen Ländern (FNL) die wenigsten Nichtdeutschen leben und arbeiten und es die höchste Erwerbslosigkeit und überdurchschnittliche Kriminalität gibt, aber nicht nur die Rechtsextremen behaupten, die AusländerInnen sind daran schuld. Seit Jahren tobt die Dumpinglohnkonkurrenz insbesondere in den FNL, aber nun behauptet die Mehrheit, dass die EU-Osterweiterung vom 1. Mai 04 daran schuld ist. Jeder weiß, dass nicht das Geld die Ursache des Missstandes dieser Gesellschaft sein kann, doch wieder wird verbreitet, dass die internationale Konkurrenz und das Finanzkapital schuld ist und Neonazis sich wieder als Antikapitalisten profilieren. Wieder also der „reiche Jude“. Auch der Sozialneid

nach oben ist kein Ringen für eine bessere Gesellschaft, sondern die Suche nach dem Sündenbock. Denn auch der „exzellent“ bezahlte Manager ist nicht die Ursache, sondern lediglich eine Auswirkung dieses menschenfeindlichen Systems.

Die Wirksamkeit der Gegenaufklärung gegen Rechtsextremismus liegt bei Null solange diese Haltungen und Handlungen ungestört ausgetragen werden können. Denn es ist kein fehlendes Wissen, sondern fehlendes Selbstbewusstsein und die daraus folgende Suche nach dem schwächeren Sündenbock.

Die rechtsextreme Haltung wächst und nähert sich den Verhältnissen am Ende der Weimarer Republik. Die NSDAP konnte nur an die Macht kommen, weil Interessen des Kapitals von der Mehrheit der Politik in den Vordergrund gestellt wurden und die Mehrheit der BürgerInnen nicht nach der Ursache ihrer sozialen Not suchte, sondern sich auf den „Sündenbock“ beruhte und Sozialneid gegen die Minderheiten entfachte.

Die Geschichte wiederholt sich nicht. Es ist nicht damit zu rechnen, dass neonazistische Kräfte wieder an die Macht gelangen können, denn der Nationalismus widerspricht den Kapitalinteressen. Er setzt nicht auf Macht in der Nation, sondern auf ein Empire-System¹, das keine Grenzen mehr kennt, sondern die Welt zu einem ökonomischen System gestaltet. Die Mehrheit der BürgerInnen sucht jedoch wieder nicht nach menschenorientierten Alternativen, sondern wieder nach dem Sündenbock und blickt mit Neid auf den Schwächeren. Auf dieser Grundlage entfaltet sich Rassismus und Antisemitismus und die SozialKahlSchläger können relativ ungestört die Elemente des Sozialstaates demontieren.

Der Geschichtslehrer fragt einen Schüler, wer den zweiten Weltkrieg gewonnen hat. Der Schüler: „Wir“. Der Lehrer: „Falsch, Deutschland hat den Krieg verloren“. Irritiert geht der Schüler nach Hause und sein Vater hilft ihm. In der nächsten Geschichtsstunde sagt der Schüler: „Stimmt! Die Nation hat den Krieg verloren. Wir, die Menschen, haben den Krieg gewonnen!“

Nazifaschistische Tradition:

DER BÜRGER KLAGT. „DER ARBEITSSCHEUE TÜRKE FÄHRT BMW“

DER BÜRGER KLAGT. „ASYLANTEN BEKOMMEN FÜR 5000 EURO NEUE ZÄHNE“

DER BÜRGER KLAGT. „DEN AUSSIEDLERN SCHIEBEN SIE ES VON VORN UND HINTEN REIN“

DER BÜRGER KLAGT. „DIE TÜRKEN KASSIEREN KINDERGELD“

DER BÜRGER KLAGT. „DER ASYLANT BEKOMMT MEHR SOZIALHILFE ALS DER ERWERBSLOSE ALG II“

Sozialneid, nämlich Neid auch und insbesondere gegenüber dem Bürger, der noch schlechter behandelt wird, zum Beispiel gegen Nichtdeutsche, ist eine der Haupt-Agitationslinien des Rechtsextremismus. Dass sich dieser Sozialneid gegen Minderheiten richtet, hat im Antisemitismus die brutalste Tradition. Heute richtet er sich typischerweise auch gegen solche Menschen, die als Flüchtlinge und Migranten überhaupt nicht zu "beneiden" sind, denn sie werden vom Staat und dem Kapital noch mehr benachteiligt.

¹ EMPIRE, Die neue Weltordnung; Michael Hardt, Antonio Negri; www.campus.de

Neid, Hass, Rache, Geltungssucht - all diese niedersten Regungen in unserer Gefühlswelt, die es eigentlich zu zügeln gelten würde, werden vom Rechtsextremismus zum ideologischen Programm und von der Politik der „Mitte“ befördert.

„Ungebrochene“ Tradition auch in der DDR

Der Rassismus und der Antisemitismus konnte und kann „ungebrochen“ aus dem „Dritten Reich“ in der BRD, aber auch in der DDR² gedeihen.

Rassismus war in den 80er Jahren in einem schockierenden Maße auch in der DDR schon verbreitet. Dies ist um so bemerkenswerter, als in der DDR nur rund 90.000 Ausländer lebten. Trotzdem war es schon keine Ausnahme mehr, dass Arbeiter aus Angola, Mosambik oder Vietnam oder Kleinhändler oder Touristen aus Polen zusammengeschlagen wurden.

Rassismus auf Grundlage des Sozialneides ist die wichtigste Triebfeder des Rechtsextremismus.

Der knappe Wohnraum oder der Mangel an Waren wurden oft als Gründe für die Feindschaft gegen Ausländer vorgebracht, die Ausländer würden angeblich bevorzugt. Und das, obwohl wie heute eher das Gegenteil vorlag: Denn auch staatlicherseits wurde und wird Diskriminierung praktiziert. Schwarze oder asiatische Ausländer hatten offensichtlich am meisten unter rassistisch motivierter Verfolgung zu leiden, Polen und Türken (oft aus Westberlin oder der BRD) wurde insbesondere angekreidet, dass sie (im Gegensatz zu vielen DDR-Bürgern) über Westmark verfügten. Ausländer und Westmark: das war offensichtlich eine besondere Provokation. Schließlich spielte eine Rolle, dass die meisten ausländischen ArbeiterInnen (aber auch StudentInnen) in der DDR in einer Art Kasernierung gehalten wurden und zugleich relativ jung waren.

Die „ungebrochene“ Tradition gedeiht weiter

- ▶ 55,7% der Thüringer meinen **„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“** und das bei ca. 6.000 MigrantInnen, die in Thüringen arbeiten.
- ▶ „Folgerichtig“ meinen 66,1%: **„Was unser Land heute braucht, ist hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“**
- ▶ 33,6%: **„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“**
- ▶ Und 19,7%: **„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“**



Die Neonazis nutzen diese Haltungen und die aktuelle Entwicklung der sozialen Demontage mit Losungen wie z.B. „Nur nationaler Sozialismus ...“, um die Rechtsentwicklung zu stärken.

² Jochen Hippler, „Die rechtsradikale Szene in der DDR“

Diese Haltungen sind auch die Handlungsgrundlagen für die „Mitte“ und das Kapital.

Die Orientierung der Mehrheit an den falschen Ursachen für Erwerbslosigkeit, soziale Demontage und fehlende Freiheit ermöglicht es der Mitte, mit der Demontage des Asylrechtes und der Verabschiedung des „Zuwanderungsgesetzes“ die Nichtdeutschen auszugrenzen bzw. nach Nützigkeitsprinzipien zu integrieren und den Widerstand gegen Massenerwerbslosigkeit und soziale Demontage zu dämpfen.



GEGENSTRATEGIEN

Die Bekämpfung der Rechtsentwicklung hat keine Wirkung, wenn sie sich auf Gegendemonstration beschränkt. Ergänzend ist es notwendig, die Haltung der BürgerInnen zu verändern.

- ▶ Aktivitäten gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus müssen „Tagesarbeit“ werden.
- ▶ Der Widerstand gegen soziale Demontage und Erwerbslosigkeit muss die Demokratiefrage und Gleichbehandlung – Menschenrechte – in den Mittelpunkt stellen.
- ▶ Statt Antiglobalisierung für die Gegen-Globalisierung der Basis-BürgerInnen, kämpfen.
- ▶ Dem Stellvertreterdenken Selbstorganisation und Selbstbehauptung entgegensetzen.



Nicht die 0,01% gewalttätigen Neonazis, die 3% AnhängerInnen neonazistischer Organisationen, die 8% bis 11% potentiellen WählerInnen rechtsextremistischer Parteien, sondern die 25% bis 55% BürgerInnen mit rassistischen und antisemitischen Grundhaltungen und die 90% wegschauenden Menschen sind das Hauptproblem.

1. Bündnisarbeit setzt Minimalkonsens und Verbindlichkeit voraus

- ☒ Die Rechtsentwicklung – wachsender Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung – in der gesamten Gesellschaft ist nur wirksam zu bekämpfen, wenn alle Menschen, Orgas und Initiativen, die eine nicht-rassistische und/oder antifaschistische Haltung haben, kooperieren, ge-

meinsame Aktivitäten entfalten und die soziale Frage, Gleichbehandlung und Freiheit einbeziehen.

- ☒ Dies setzt voraus, dass in dieser Frage Meinungsunterschiede und unterschiedliche Analysen – Glauben, politische Überzeugungen, Parteizugehörigkeit usw. – von zweitrangiger Bedeutung sind und das „gemeinsame Handeln gegen die Rechtsentwicklung“ ins Zentrum des Handelns rückt.
- ☒ Die Zweitrangigkeit darf aber nicht zur Folge haben, dass die Ziele, Inhalte und Wirksamkeit zur Beliebigkeit verkommen. Bündnisse, die bspw. alá „Sommerloch-Antifaschismus“ das Ansehen der Stadt, der Region, des Landes usw. im Blick haben, sind keine Bündnisse gegen die Rechtsentwicklung, sondern eine PR-Maßnahme. Nützen nicht, sondern schaden den Opfern von Rassismus, Ausgrenzung und Neofaschismus. Verbindlichkeit heißt in der Bündnisarbeit, dass das Ziel und die Opfer im Zentrum des Handelns stehen müssen.

2. Bündnisarbeit schließt Unterschiedlichkeit und Widersprüchlichkeit ein.

- ☒ Bündnisse haben nur dann eine Perspektive, wenn unterschiedliche und widersprechende Positionen ausgetragen werden. Der Bündnis-konsens kann nur Bestand haben, wenn akzeptiert wird, dass man sich bspw. mit unterschiedlichen Analysen auf gemeinsame Aktivitäten einigt. Nicht Tolerieren – Dulden –, sondern Akzeptieren und Austragen der Unterschiedlichkeiten kann zum gemeinsamen Handeln führen und Spaltungsversuche neutralisieren.

3. Bündnisarbeit setzt die Bereitschaft voraus, unterschiedliche politische Kulturen zu respektieren und trotzdem um den richtigeren Weg zu „streiten“.

- ☒ Bündnisse haben nur Bestand und Wirksamkeit, wenn es keine Führungsansprüche gibt bzw. diese verdrängt werden und die Gleichwertigkeit zwischen den BündnispartnerInnen dominiert.
- ☒ Das Suchen nach dem „richtigen“ Weg ist wesentlicher Bestandteil wirksamer Aktionen gegen die Rechtsentwicklung. Dies muss mit der notwendigen Intensität und gegenseitiger Akzeptanz ausgetragen werden, um einen entsprechenden Konsens zu finden.
- ☒ Bündnisbereitschaft kann auf der einen Seite nicht zur Folge haben, dass Inhalte und Aktionsformen beliebig sind; muss aber gleichzeitig unterschiedliche politische Kulturen und Sozialisierungen respektieren.

WEITERE HILFREICHE HINWEISE:

www.lag-antifa.de

<http://baustein.dgb-bwt.de/>

www.bi-gb.de